

OFFENER BRIEF

An:

die Südtiroler Landesregierung,
die Landtagsabgeordnete und Landesrätin für Familie Frau Waltraud Deeg,
den Südtiroler Gemeindenverband,
die Südtiroler Gemeinden,
die Verbände, welche die Interessen der Genossenschaften vertreten,
alle Genossenschaften für Kleinkindbetreuung in Südtirol,
alle Gewerkschaften,
alle Organisationen im Bereich Familie,
die Presse in Südtirol und
die allgemeine Bevölkerung

Stellungnahme zur aktuellen Situation der Kleinkindbetreuung in Südtirol

Wir sind Eltern und Betreuungsfachkräfte von Kleinkindern in Südtirol und setzen uns für eine Abänderung der Neuregelungen in der Kleinkindbetreuung in Südtirol ein. Die Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich Familie, der zunehmende Auf- und Ausbau von hochwertigen Kleinkindbetreuungsmöglichkeiten in Südtirol und die Bemühungen, durch Neuregelungen die Kleinkindbetreuung zu vereinheitlichen und die Arbeits- und Sozialversicherungsbedingungen der dort Arbeitenden zu verbessern, werden als großer Fortschritt von uns wahrgenommen. Leider wurden bei der Ausarbeitung der aktuell geltenden Bestimmungen die negativen Konsequenzen für die Familien und vor allem für die Kinder nicht ausreichend bedacht und müssen daher dringend überarbeitet werden.

Aus diesem Grund wurde eine Onlinepetition (Anhang) veröffentlicht. Die Petition wurde von 3.140 Personen online unterzeichnet.

Es gibt derzeit ca. 3.600 Kinder, die in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern betreut werden (ohne öffentliche Kinderhorte in Südtirol 3.611 mit Stand am 31.12.2017, Astat: Soziale Einrichtungen und Dienste für Kleinkinder 2017, veröffentlicht 17.01.2019). Dies bedeutet, dass weniger als 20% der Kleinkinder in Südtirol Angebote der Kleinkindbetreuung nutzen (können).

Die Anzahl der Unterschriften ist im Vergleich zur Anzahl der NutzerInnen beachtlich!

Wir geben zu bedenken, dass nicht alle betroffenen Eltern von der Initiative wussten und vor allem die italienische Sprachgruppe nicht ausreichend in die Aktion miteinbezogen werden konnte, weshalb dieser Teil an Unterschriften leider fehlt. Zudem ist bekannt, dass meistens nur Betroffene oder Bekannte von Betroffenen sich an diesen Aktionen beteiligen. Auch kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle NutzerInnen dieselben finanziellen Ausgangssituationen haben, sodass wohlhabendere Familien weniger Handlungsbedarf sehen als ökonomisch schlechter gestellte Familien. Dies verdeutlicht, dass die aktuelle Regelung auch sozioökonomisch gravierende Konsequenzen mit sich bringt. Die Unterschriftenaktion zeigt den dringenden Handlungsbedarf für die NutzerInnen auf.

Obwohl es eine Aussprache zwischen Initiatorinnen der Unterschriftenaktion mit Landesrätin Deeg gab, mit der in Presseberichten verbreiteten Zusage, dass hier bald eine Lösung gefunden werde, ist bisher keine Veränderung der Situation eingetreten.

Wir fordern daher, dass die in der Petition geforderten Punkte umgehend mit allen Stakeholdern gemeinsam besprochen werden, um eine Lösung zum Wohle der Kinder, der Familien und der MitarbeiterInnen im Kleinkindbereich zu finden.

Zu diesem runden Tisch sollten die folgenden Stakeholder eingeladen werden:

- Landes- und Gemeindepolitik
- Verbände, welche die Interessen der Genossenschaften vertreten
- Genossenschaften, die im Kleinkindbereich tätig sind, inkl. VertreterInnen für das Betreuungspersonal
- Gewerkschaften
- Interessensvertretungen für Familien, unter anderem die Allianz für Familie mit der hier unterzeichnenden Elterninitiative und eventuell weiteren Interessenten

Neben den Punkten der Petition wollen wir zukünftig gemeinsam in aktuelle Überlegungen im Bereich Kleinkindbereich miteinbezogen werden und diese mit allen Beteiligten diskutieren, vor allem die Kostenpolitik (Tarifsystem, Stundenmodell versus Monatstarif, Vergleich Kosten Kindergarten), die Personalpolitik (v.a. Arbeitsbedingungen, Qualität, Kontinuität, Betreuungsschlüssel) und die Vergabe der Betreuungsplätze (Bedarfserhebung, Wartelisten und Kriterien der Platzvergabe usw.).

Da uns bereits von Seiten verschiedener Sozialgenossenschaften mitgeteilt wurde, dass sie die fehlenden Kosten selbst tragen müssen, wenn wir auf die kostenlosen Urlaubs- und Krankentage bestehen, und dass dies zu Lasten des Personals gehen wird oder die Einrichtungen dann 6 Wochen geschlossen werden könnte, möchten wir hiermit klar Stellung beziehen und mitteilen, **dass es Aufgabe der Politik ist, die nötigen Mittel für Kleinkindbetreuung zur Verfügung zu stellen, so wie es für Kindergarten und Schule gemacht wird.**

Wir sprechen uns klar gegen weitere Einsparungen im Personalbereich aus, da bereits jetzt – vor allem aus finanziellen Gründen – in vielen Kleinkindeinrichtungen nicht ausreichend qualifiziertes Personal eingestellt werden kann und dies zu Lasten der Qualität und somit der Kinder geht. Über die Personalpolitik möchten wir gemeinsam diskutieren.

Wir sprechen uns klar gegen eine einheitliche Schließung von 6 Wochen aus, da dies gegen das Wohl des Kindes ist. Das Kind sollte dann zu Hause bleiben, wenn die Eltern zu Hause sind, und nicht in andere Betreuung gegeben werden, aber eine Einrichtung besuchen müssen, wenn die Eltern Urlaub haben. Da nicht alle ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit haben, über ihre 6 Wochen Urlaub frei zu verfügen und diese den Schließzeiten der Kleinkindbetreuungseinrichtungen anzupassen, ist dies zum Wohle der Kinder und der Familien keine Option.

Wir ersuchen um eine rechtlich fundierte Begründung, warum die aus Urlaubs- und Krankheitsgründen ungenutzten Stunden im Kleinkindbereich von öffentlichen Geldern nicht mitfinanziert werden können und somit zu Lasten der Eltern oder Einrichtungen (Betreuungspersonal) gehen sollen, während es im Kindergarten und in der Schule möglich ist, das Betreuungspersonal und die dazugehörigen Kosten für die Einrichtung während all der Ferienzeiten und an den Krankheitstagen der Kinder trotzdem gleich zu bezahlen. Das Kindergarten- und Schulpersonal wird auch im Sommer bezahlt, wo die Eltern keinen Selbstbeitrag leisten müssen, obwohl der Kindergarten- bzw. Klassenplatz für das nächste Jahr erhalten bleibt. Wir ersuchen somit um das Aufzeigen der rechtlichen Grundlage inklusive einer verständlichen Erklärung, die besagt, dass ungenutzte Betreuungsstunden in

der Kleinkindbetreuung nicht mitfinanziert werden dürfen, wohingegen ungenutzte Betreuungsstunden im Kindergarten und in der Schule finanziert werden dürfen.

Von Seiten mehrerer KinderärztInnen wurde uns mitgeteilt, dass es nicht Ihre Aufgabe sei, kostenlose Atteste für Kinder in Kleinkindbetreuung zu schreiben, und dass sie hierfür weiterhin einen Kostenbeitrag verlangen werden. **Wir sprechen uns gegen die notwendige Abgabe von zu bezahlenden Atteste von KinderärztInnen aus** (für Kindergarten und Schule sind diese auch nicht notwendig).

Wir ersuchen die zuständige Landesrätin für Familie Waltraud Deeg die gemeinsame Aussprache mit den verschiedenen Stakeholdern zum Wohle der Familien zu organisieren oder uns innerhalb 20.05.2019 mitzuteilen, warum von einer gemeinsamen Lösungsfindung abgesehen wird.

Die Elterninitiative Südtirol